


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 11.02.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:30 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Kanngießer
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Unterbringung von Flüchtlingen in der Scharnhorststraße Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	0304/15
4.	Verweisung von Anfragen des Stadtrates aus der Sitzung vom 28.01.2015	

- 4.1. Verwendung der frei werdenden Gelder durch das Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung **2588/14**
BE: Fragestellerin Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 4.2. Finanzierung der GebärdendolmetscherInnen zu den Stadtratssitzungen **0171/15**
BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
5. Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kanngießer, eröffnete die öffentliche Ausschusssitzung, stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte alle Anwesenden.

Er begrüßte die neuen Ausschussmitglieder Herrn Thomas Trier, SPD-Fraktion, und Herrn Torsten Kamieth, Fraktion DIE LINKE..

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kanngießer, teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass dem Ausschuss folgende dringliche Drucksache zur Beratung vorliegt:

° Dringliche Informationsaufforderung – Unterbringung von Flüchtlingen in der Scharnhorststraße DS 0304/15

Antragsteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion

Die Dringlichkeit wurde begründet, daher brachte der Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung. Die Dringlichkeit wurde einstimmig bestätigt.

An dieser Stelle wurde seitens der Ausschussmitglieder darum gebeten, einen ständigen Tagesordnungspunkt

"Aktueller Sachstand zur Unterbringung von Flüchtlingen"

für die künftigen Ausschusssitzungen einzuordnen.

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. **Dringliche Informationsaufforderung - Unterbringung von Flüchtlingen in der Scharnhorststraße** 0304/15
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Der Beigeordnete für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Hilge, schlug vor, eine umfassende Darstellung zur Situation – nicht nur ausschließlich zur Notunterkunft in der Scharnhorststraße – zu geben. Das fand die einvernehmliche Zustimmung der Ausschussmitglieder.

In seinen Ausführungen ging er u.a. auf folgende Schwerpunkte ein:

° Ziel ist es, keine Konzentration der Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet zuzulassen, vielmehr wird die Unterbringung in Einzelunterkünften favorisiert,

° die kurzfristige Unterbringung von 48 Flüchtlingen in der ehemaligen Regelschule Scharnhorststraße und die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen durch die Ämter der Stadtverwaltung unter Leitung der Bürgermeisterin,

° die Nutzung des Objektes Scharnhorststraße ist für ca. 8 Wochen vorgesehen, als ständige Unterkunft ist das Schulgebäude nicht geeignet,

° die stattgefundenen Bürgerversammlung in der Turnhalle der Grundschule 3 in der Scharnhorststraße vom 09.02.2015,

° aktuell in Vorbereitung befindliche Unterbringungsmöglichkeiten, die aber aufgrund von Sanierungsarbeiten erst Anfang März bezugsfertig sind, wie z.B. die ehemalige Geriatrie in der Nordhäuser Straße,

° Bürgerversammlung am 12.02.2015 in der Uni, hierzu wurden auch die Ausschussmitglieder eingeladen,

Der Beigeordnete Bürgerservice und Sicherheit führte weiterhin aus, dass es seitens der Wohnungsgenossenschaften Zuspruch zur Unterstützung gibt.

Er schließt sich der Auffassung der Ausschussmitglieder an, dass in den Sitzungen des Ausschusses SAG ständig über das Thema informiert wird.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kanngießler, bedankte sich für die ausführlichen und detaillierten Informationen und eröffnete die Diskussion.

Frau Schuster, sachkundige Bürgerin, lobte ausdrücklich die sehr gute, ämterübergreifende Arbeit der Verwaltung, die mit Bekanntwerden der Ankunft der genannten Flüchtlinge geleistet wurde.

In der weiteren Diskussion hatten die Ausschussmitglieder Nachfragen, die durch den Beigeordneten Bürgerservice und Sicherheit beantwortet wurden.

Frau Tillmann, CDU-Fraktion,:

- weitergehende Hilfsangebote,
- aufenthaltsrechtlicher Status - Winterabschiebestopp

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion, :

- bedankte sich für die Beantwortung
- Herkunft der Flüchtlinge/Kriegsgebiete
- Information zu Vorkommnissen in Suhl,
- Pressemitteilung in der Thüringer Allgemeinen

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.:

- dankte für die Ausführungen und sprach der Verwaltung seinen Dank für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der kurzfristigen Unterbringung aus,
- betonte, dass die Flüchtlinge in der Stadt Erfurt willkommen geheißen werden sollten,
- regte an, auf der Internetseite der Stadt Erfurt ein Kontaktformular für Spenden usw. anzubieten,
- Schutzkonzept Bürgeramt/Polizei

Die Nachfragen wurden vom Beigeordneten Bürgerservice und Sicherheit beantwortet. Er sagte zu, die gegebenen Hinweise und Anregungen zu übernehmen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kanngießler, sprach allen involvierten Mitarbeitern der Stadtverwaltung seinen Dank aus und zeigte sich überzeugt, dass eine akzeptable Zwischenlösung zur Unterbringung gefunden wurde.

Herr Stassny, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten, schließt sich den Ausführungen an und merkte an, dass seiner Meinung nach die mangelnde bzw. verzögerte Information der Bürger ein Problem darstellte.

Anschließend gab es weitere Nachfragen von Herrn Panse, CDU-Fraktion, u.a.:

- Kapazitäten der weiteren Standorte,
- Gemeinschaftsunterkünfte,
- wie wird die Betreuung der Flüchtlinge sichergestellt,
- Aussage der Bürgermeisterin in der Bürgerversammlung zur Aussetzung der Schulpflicht,
- Versuch durch die Stadt, die Aufnahme der Flüchtlinge abzuwenden,
- Schulstandort ist seiner Meinung nach für Unterbringung nicht geeignet, Alternativen sind schnellstmöglich erforderlich,

Herr Hilge, Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit, verwies in seiner Beantwortung u.a. auf die Sitzung des SAG vom 07.01.2015, in welcher die DS 2391/14 behandelt wurde. Mit dieser Drucksache wurde mit der Anlage 2 auch eine Übersicht über Unterbringungsmöglichkeiten und deren Kapazitäten ausgereicht.

Die kritisierte sanitäre Situation im Schulgebäude der Scharnhorststraße ist bekannt und dauerhaft nicht zumutbar. Weitergehende Erläuterungen gab es hierzu durch die sachkundige Bürgerin, Frau Schuster.

Herr Hilge betonte, dass an dem Ziel, schnellstmöglich andere Unterbringungsmöglichkeiten zu nutzen, festgehalten wird.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., verwies darauf, dass Asylbewerber aktuell nicht in Arbeitsverhältnisse kommen und bat um folgende Prüfung:

Welche Maßnahmen werden seitens der Verwaltung ergriffen, um Beschäftigungen für Asylbewerber zu finden und diese auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren? T.: 25.03.2015	DS 0425/15
--	---------------

zur Kenntnis genommen

4. Verweisung von Anfragen des Stadtrates aus der Sitzung vom 28.01.2015

- 4.1. Verwendung der frei werdenden Gelder durch das Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung 2588/14**
BE: Fragestellerin Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Frau Tillmann, CDU-Fraktion, zeigte sich sehr zufrieden mit der Beantwortung und verwies auf die erfolgte Entlastung durch den Bund.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. Finanzierung der GebärdendolmetscherInnen zu den Stadtratssitzungen 0171/15**
BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., ist mit der vorgelegten Beantwortung ihrer Anfrage nicht einverstanden.

Sie kritisierte, dass weder die Stadträte noch der Behindertenbeirat über den Wegfall der Maßnahme informiert wurden.

Vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird das von ihr als großen Rückschritt bewertet.

Weiterhin regte sie an, eine vorhandene Kollegin im Amt für Bildung mit dieser Aufgabe zu beauftragen.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Schuster, verwies darauf, dass es sich bei der Inklusion um eine Pflichtaufgabe handelt. Diese Streichung dieser Maßnahme widerspricht in höchstem Maße der Absicht des Behindertenbeirates.

Herr Panse, CDU-Fraktion, sowie Ausschussmitglieder wie Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., Herr Mroß, SPD-Fraktion, schlossen sich der Auffassung von Frau Stange an.

Die Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister, beantwortete die Fragen und stellte dar, dass die bisherigen Verträge mit Gebärdendolmetschern ausgeführt sind und aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Verträge abgeschlossen werden können. Die Beantwortung zur Frage nach der Kostenerhöhung wird von ihr schriftlich bis zur nächsten Sitzung SAG nachgeliefert.	DS 0453/15
--	---------------

Bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird geprüft, inwieweit die vorhandene Mitarbeiterin des Amtes für Bildung als Gebärdendolmetscherin eingesetzt werden kann. T.: 25.03.2015	DS 0426/15
---	---------------

Herr Mroß, SPD-Fraktion, stellte den Antrag, zu prüfen, ob es sich beim Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern um eine pflichtige Aufgabe im Sinne der Inklusion und konkretisiert durch die UN-Behindertenrechtskonvention handelt. T.: 25.03.2015	DS 0428/15
--	---------------

Dieser Prüfauftrag wurde einstimmig angenommen.

zur Kenntnis genommen

5. Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen vor.

gez. Kanngießer
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in